

EDITORIAL

Demokratie unter Druck

Die Demokratie ist hart erkämpft, das gerät in Zeiten wie diesen häufig in Vergessenheit. Die Wahl Donald Trumps in den USA und die Wiederholung der Bundespräsidentenwahl in Österreich haben nicht nur in diesen beiden Ländern das Thema in den Fokus gerückt. In dieser Schwerpunktausgabe setzen wir uns grundsätzlich damit auseinander. Nicht nur in Ungarn und Polen gerät der Rechtsstaat unter Druck, sondern auch in Regionen, aus denen wir seltener berichten. Die Rolle der Medien als „vierte Macht“ wird ebenfalls diskutiert. Illustriert wird diese von **Simon Klausner** gestaltete und von **Lisa Nimmervoll** redaktionell konzeptionierte Ausgabe mit Straßenkunst – ein sichtbares Zeichen für die Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Politik im öffentlichen Raum.

Alexandra Förderl-Schmid,
Chefredakteurin



Foto: Sebastian Pohl



Der britische Künstler Banksy gilt als Superstar der Street-Art. Bekannt wurde er mit politisatirischen Schablonenbildern (Stencils) und Aktionen, u. a. hängte er ironische Gemälde ungefragt in öffentlichen Museen auf. Hier: „Flower Riot“ aus Wien mit Graffiti-Tag.

Sie wollen eine andere, eine „illiberale“ Demokratie

Das Modell der liberalen Demokratie ist unter Druck, meist durch Rechtspopulisten. Die wollen eine andere, eine „illiberale“ Demokratie. Auch in deren Modell wird es Wahlen geben, aber sie werden nichts bedeuten.

Es wird ernst, die Liberalen müssen kämpfen. Aber eine „Mobilisierung der Mitte“ ist möglich.

ESSAY: Hans Rauscher

Am 4. Dezember 2016 gaben 46 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einem Mann, der eine andere Art von Demokratie für Österreich im Sinn hat (und hatte) und einige Male durchblicken ließ, was er sich darunter vorstellt. Am kenntlichsten in jener TV-Diskussion, in der es um eine mögliche autoritäre Neudefinition der Rolle des Bundespräsidenten ging und er sich zu der Drohung „Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist“ hinreißen ließ.

Der Punkt ist aber: Recht viele Bürgerinnen und Bürger können sich sehr wohl eine andere Art von Demokratie vorstellen. Sozusagen autoritäre Verhältnisse innerhalb einer formalen Demokratie. So ähnlich wie Norbert Hofer.

Im Oktober 2015 stellte das renommierte Sora-Institut rund 1000 Personen die Frage, ob sie folgender Aussage zustimmen: „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“ Ergebnis: 39 Prozent (13 Prozent stimmen „sehr“ und 26 Prozent „ziemlich“ zu).

Der Wahlforscher Christian Hofinger von Sora stellte daher eine „massive Zunahme des antidemokratischen Autoritarismus“ fest. Dieser Schluss ist aus der Zeitreihe von Sora zu ziehen: Im August 2007 waren nur zehn Prozent für einen starken Führer, im November 2009 20 Prozent, im September 2014 29 Prozent und im Oktober 2015 (Höhepunkt der Flüchtlingswelle) eben 39 Prozent.

Der Politologe Peter Filzmaier fasste das in die Schlagzeile „Starker Mann knapp vor der Mehrheit“ zusammen (eine STANDARD-Umfrage des Market-Instituts in etwas anderem Kontext kommt zu weit weniger alarmierenden Ergebnissen – siehe Seite 14).

Vor allem aber muss man die „starker Mann“-Ergebnisse in Beziehung setzen zur Aussage in derselben Sora-Umfrage, wonach volle 85 Prozent der Meinung waren, die Demokratie sei die „beste Regierungsform“. Einerseits eine riesige Mehrheit für die Demokratie als beste Regierungsform und andererseits ein starker Wunsch nach einem „starken Mann“? Wie geht das zusammen?

Das passt, wenn man, wie Christoph Hofinger, vermutet, dass sich diese Einstellung wieder beruhigen wird, wenn die Regierung wirklich regiert.

Das passt aber auch, wenn man sich eingesteht, dass sich ziemlich viele Menschen eine Gleichzeitigkeit von „Demokratie mit einem starken Mann“ sehr gut vorstellen können.

Das passt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es das Gegensatzpaar „liberale Demokratie gegen illiberale Demokratie“ gibt. Und darum geht es derzeit in der westlichen Welt und ihrer Peripherie. Die liberale Demokratie ist unter Druck von illiberalen Tendenzen und Bewegungen. Im Wesentlichen ist es der extreme

Rechtspopulismus, der eine andere Demokratie haben will.

Unter „liberaler Demokratie“ versteht man in Europa das angelsächsisch geprägte Modell, das auf Mäßigung, Öffnung, Rationalität, Toleranz und Interessenausgleich aufgebaut ist. Und auf Weltoffenheit plus Glaube

an die Nützlichkeit übernationaler Lösungen wie der Europäischen Union.

Die „illiberale“ Demokratie hingegen ist völkisch, nationalistisch, autoritär – und populistisch – geprägt. Sie sieht als Träger der „wahren Demokratie“ nur das „wahre Volk“, und sie definiert, wer dazugehört: nur die „eigenen Leut“ im umfassenden Sinn. Alle anderen sind draußen (die FPÖ will ausländische Arbeitnehmer von der Sozialversicherung ausschließen). Populisten, so der deutsche Politologe Jan-Werner Müller, regieren, wenn sie an die Macht kommen, nach ihrer inneren Logik: „Sie und nur sie repräsentieren das wahre Volk; so etwas wie eine legitime Opposition kann es gar nicht geben.“

Unnachahmlich zeichnete der polnische Außenminister von der katholisch-autoritären Regierungspartei dieses Feindbild: „Ein Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen.“

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán bezeichnete in einer programmatischen

